

Protokoll 05.12.2013

Ort: Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße Sitzungssaal 170

Zeit: 05.12.2013 17:00 Uhr

Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Aachen

Vorsitz: Herr Baal

Teilnehmer: Mitglieder des Planungsausschusses und Referenten der Stadtverwaltung

Bürger: **BI-Dell**: Inge Hirtz, Hubert Marx, Peter Philippen-Lindt

ZuhörerInnen: ~35 BürgerInnen

Zu Top 5:Aachen 2030*Masterplan

Der Beschluss zum Masterplan Aachen 2030 wurde im Rat der Stadt Aachen am 19.12.2012 gefasst. Nun soll die Einhaltung der Ziele bzw. der jeweilige Sachstand von einer Kontrollgruppe überwacht werden. Diese Kontroll- und Kommunikationsgruppe soll aus den Mitarbeiterinnen zusammengestellt werden, die schon bei der Erstellung des Masterplans mitgewirkt haben und derzeit mit Flächennutzungsplänen beschäftigt sind.

Aktuelle Sachstände sollen dann unter www.Aachen.de/aachen2030 eingepflegt werden.

Zur Erinnerung: das Leitprojekt Klimaschutzsiedlung Richtericher Dell ist ein Hauptbestandteil des Masterplans Aachen*2030 und daher auch für die **BI-Dell** weiterhin zu beobachten.

Zu Top 7: Entwicklung Richtericher Dell

Frau Kubbilun von der Stadtverwaltung referierte über vier Punkte: das Verfahren zur Erstellung der Erschließungsstraße, das Regenrückhaltebecken, den Bebauungsplan 950 und das weitere Vorgehen.

Bemerkung: wie schon gewohnt, fehlte auch hier wieder die Erwähnung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan.

Erschließungsstraße/Ortsumgehung

Die Linienfindung und das UVP Verfahren für die Erschließungsstraße sind abgeschlossen, basieren jedoch noch auf der Nord-Lage im Plangebiet, die ggf. wegen des Geruchs durch das RRB verschoben werden muss. Das geplante Planfeststellungsverfahren sollte (sicherlich aus Kostengründen) durch die Bezirksregierung erfolgen, kann von dieser aber wegen Personalmangel und aufgrund anderer Prioritäten nicht zeitnah durchgeführt werden. Die Verwaltung

empfiehlt daher das Planfeststellungsverfahren einzustellen und dafür ein städtisches Bebauungsplanverfahren einzuleiten. Hierbei kann das Bebauungsplanverfahren die Bereich Amstelbachquerung und DB-Unterfahrung nicht regeln, da hier einerseits das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und andererseits das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG) sowie das Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) vorrangig und mit eigenen Verfahren ausgestattet sind.

Nebenbei wurde hier eine Änderung des Flächennutzungsplans erwähnt.

Regenwasserrückhaltebecken

Die Verwaltung „dachte“ während der Erstellung des Masterplans 2006 ihrerseits, dass eine Teileinkapselung für ca. 1 Mio € machbar gewesen wäre, die aber bei genauer Betrachtung nicht zu diesem Preis ausführbar gewesen wäre. Einkapselung, Verschiebung, Umdimensionierung etc. sind nach Angaben der Verwaltung nicht unter 6 Mio € zu erstellen. Hierzu wurde auch eine Modellierung zur Geruchsausbreitung im Bereich des Plangebietes durchgeführt und das Ergebnis als Karte gezeigt.

Die Verwaltung empfiehlt daher eine Verschiebung der Erschließungsstraße nach Süden und einen Verzicht auf ca. 140 bis 150 Wohneinheiten (gestern wurden bis zu 200 genannt).

Bebauungsplan 950

Trotz der erkennbaren Konflikte soll weiterhin daran festgehalten werden, den Bebauungsplan 950 weiter zu entwickeln. Als frühesten Termin für die Offenlage wurde das dritte Quartal 2014 genannt.

Auch hierbei wurde eine Änderung des Flächennutzungsplans erwähnt.

Weiteres Vorgehen

Die Bezirksvertretung Richterich hat einen Antrag zum Beginn des Bebauungsplanverfahrens für die Ortsumgehung gestellt, damit dieses Verfahren schnellstmöglich eingeleitet werden kann.

Die Stadtverwaltung lässt die Geruchsausbreitung durch ein weiteres, externen Gutachten beurteilen bzw. ihre eigenen Berechnungen überprüfen.

Im Anschluss an den Vortrag von Frau Kubbilun wurde der Sachstandsbericht diskutiert.

Herr Plum (SPD)

Herr Plum fragte nach der Zeitschiene, mit der durch die Beteiligung des Eisenbahnbundesamtes (EBA) zu rechnen sei. Hier konnten keine Angaben gemacht werden.

Bemerkung: das dauert ewig, da Philippen-Lindt lange Zeit für die Bundesbahn, die Deutsche Bahn AG und das Eisenbahnbundesamt gearbeitet hat. Zudem sind hier die Sicherheits- und Planungsanforderungen sehr hoch.

Herr Plum monierte auch die Schwierigkeiten aus den Erkenntnissen zum RRB, da das RRB schon im Jahre 2004 bestand und die ersten Einzüge in die Wohnbebauung schon für 2010 geplant waren. Schon damals müsse die Funktion mit Mischwasser bekannt gewesen sein.

Herr Plum schlug vor, eine Einkapselung oder Verschiebung gegen den Verkauf der 150 Baugrundstücke aufzurechnen, so dass die Stadt dort zwar keine Einnahmen erwirtschaften dafür aber die 150 Wohneinheiten beibehalten könne.

Auf seine Frage nach der zu erwartenden Fläche, die bei 150 Wohneinheiten wegfalle, antwortete Frau Kubbilun: ca. 45.000 bis 55.000 m² (4,5 bis 5 ha).

Herr Plum schlug vor, den Flächennutzungsplan schnellstmöglich zu überarbeiten.

Frau Nacken (Dezernentin Grüne)

Frau Nacken nahm die Verwaltung in Schutz, da seinerzeit die Beckenproblematik zwar bekannt gewesen sei, man aber von einer machbaren Lösung durch Teileinkapselung ausging. Zudem seien seither die Umweltauflagen stetig verschärft worden. Hierbei wurde sie von der CDU unterstützt.

Die Linke

Der Vertreter der Linken bestand auf der Schaffung des vorgesehenen Wohnraums.

Die Grünen

Der Vertreter der Grünen widersprach den Äußerungen des Grünen in der Bezirksvertretung Richterich, dass die Grünen mit der Reduzierung des Wohnraumes leben könnten, und forderte weiterhin die entsprechende Wohnraumschaffung von ca. 800 Wohneinheiten zu verfolgen.

Er monierte das Verhalten der Bezirksregierung zur Planfeststellung für die Straße und schlug vor, dass der OB der Bezirksregierung „Dampf“ machen solle, um das Verfahren doch noch wie begonnen durchziehen zu können.

Hinsichtlich des RRB's schlug er eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vor.

Zudem fragte er nach einer Aufstellung der Stadt, aus der die Besitzverhältnisse in der Richtericher Dell hervorgehen sollten, da bisher keiner wüsste, was der Stadt gehöre und was nicht.

Frau Schlick (CDU)

Die Bezirksvertretung Richterich habe einen Antrag zum Beginn des Bebauungsplanverfahrens für die Ortsumgebung gestellt, damit dieses Verfahren schnellstmöglich eingeleitet werden kann.

Frau Schlick schlug vor, Alternativflächen für die ggf. wegfallenden Wohneinheiten zu suchen.

Frau Schlick bestätigte auch, dass die Verkehrsplanung überprüft werden müsse, wofür auch schon die Mittel für die Dell von derzeit 74.000 € auf 80.000 € aufgestockt worden seien.

19:50 Uhr Abgang **BI-Dell**